

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sondersitzung  
**des Gemeinderats der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 10. November 2016**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

- Anwesend: Oberbürgermeister Lutz als Vorsitzender  
Bürgermeister Dr. Wilke
- Stadträtinnen und Stadträte: Bachmann-Ade, Berg (bis 19.50 Uhr), Bernnat, Böhringer, Claassen, Cyperrek, Denzer, Glattacker, Herzog, Höfler, Jaenisch, Kiefer, Koesler, Krämer, Kurfeß, Lindemer (ab 20.55 Uhr), Lusche, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf (bis 20.20 Uhr), Salach (bis 21.05 Uhr), Salinas de Huber, Schlecht, Simon, Vogel, Dr. Vogelpohl, Wernthaler, Wiesiollek
- Entschuldigt: Di Prima, Escher, Heuer
- Ferner: Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger  
Fachbereichsleiterin Buchauer (bis 21.10 Uhr)  
Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić (bis 21.20 Uhr)  
Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer  
Personalratsvorsitzende Sambale-Lebus  
Fachbereichsleiter Bühler  
Fachbereichsleiter Dullisch  
Fachbereichsleiter Frick (bis 20.55 Uhr)  
Fachbereichsleiter Kleinmagd  
Fachbereichsleiter Sproß (bis 20.55 Uhr)  
Frau Williams, Leiterin des Büros des Vorstands  
Betriebsleiter Droll (bis 21.20 Uhr)  
Betriebsleiter Langela  
Komm. Fachbereichsleiterin Eyhorn (bis 20.20 Uhr)  
Stellv. Fachbereichsleiter Meier (bis 20.20 Uhr)  
Herr August (bis 20.55 Uhr)  
Herr Ebner (bis 21.20 Uhr)  
Herr Muffler (bis 20.20 Uhr)  
Herr Röslen
- Urkundspersonen: Stadträtin Herzog und Stadtrat Oehler
- Schriftführung: Frau Heinze und Herr Ockenfuß
- Zeit: 17.30 bis 21.30 Uhr

## **TOP 1**

### **Haushaltskonsolidierung**

#### **Vorlage: 154/2016**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderats, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Er gibt an, dass er aus inhaltlicher Perspektive gerne auf die heutige Sitzung verzichten könne. Das Thema habe man sich nicht selbst ausgesucht. In der heutigen Sitzung solle über die Listen mit den Einsparvorschlägen zur Haushaltskonsolidierung beraten und beschlossen werden. Die Sachlage dürfe nicht „schöngeredet“ werden. Man habe eine klare Aufgabe. Sparen sei zwar nicht immer einfach, aber in der momentanen Situation dringend geboten. Die Konjunktur sei insgesamt gut, allerdings habe das Land den Kommunen viele Gelder genommen. Wie andere Kommunen verfüge auch Lörrach über recht gute Steueraufkommen, allerdings fehle es in Lörrach in großem Maße an Gewerbesteuererträgen. Mit der Abwanderung der Firma Gaba habe die Stadt Lörrach einen großen Arbeitgeber und einen wichtigen Gewerbesteuerzahler verloren. Zwar sei der Handel in Lörrach gut aufgestellt, jedoch bestehe dieser auf vielen Filialgeschäften, die in großem Maße nicht in Lörrach steuerpflichtig seien. Die Stadt Weil am Rhein verfüge vergleichsweise über ein deutlich höheres Steueraufkommen. Das Einkommensteueraufkommen werde gesetzlich nach der Einwohnerzahl zugewiesen, hinsichtlich der Generierung von Gewerbesteuererträgen sei die Stadt Lörrach allerdings zu schwach aufgestellt. Zudem stehe die Stadt Lörrach immer weitergehenden Aufgaben gegenüber. Man habe immer größer werdende Aufwendungen in den Bereichen Soziales, Familien und Kinderbetreuung. Die Haushaltskonsolidierung sei wichtig für die Stadt. Es werde Geld für die Erfüllung von Aufgaben in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulen, Umwelt und Wohnraum benötigt. In der Verwaltung werde in großem Maße am Personalaufwand gespart. Hier habe man eine viermonatige Stellenbesetzungssperre eingerichtet und zudem viele auslaufende Stellen abgebaut. Die Verwaltung verfolge selbst das Ziel, möglichst schlank aufgestellt zu sein. Das eingesparte Geld solle den Lörracher Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen. Um wichtige Einsparungen vornehmen zu können, müsse nun vom Gemeinderat eine politische Entscheidung über die jeweiligen Einsparvorschläge, welche von der Verwaltung, der Lenkungsgruppe und der Haushaltsstrukturkommission erarbeitet worden seien, gefasst werden. Die Verwaltung habe versucht, die Verfahren im Rahmen der Haushaltskonsolidierung äußerst transparent darzustellen. Es seien in der heutigen Sitzung sehr viel kompetente Personen anwesend, wer allerdings nicht anwesend sei, ist der „heilige St. Florian“. Es dürfe bei den Einsparverfahren nicht auf andere „geschielt“ werden, sondern man müsse stets ausgewogen vorgehen. Die Rahmenbedingungen hierfür seien sehr gut, er sei insgesamt sehr optimistisch. Man müsse nun nach vorne schauen und sich auf die anstehenden und wichtigen Aufgaben Zentralklinikum, Ortsverwaltungen und Halle Brombach konzentrieren.

Im Folgenden erläutert der Vorsitzende, dass es im Rahmen der Vorlage 154/2016 nun drei verschiedene Listen gebe. Auf der ersten Liste seien diejenigen 43 Sparvorschläge aufgezählt, über die weithin Einigkeit bestünde und bereits im Haushaltsentwurf eingearbeitet worden seien. Auf der zweiten Liste seien hingegen die 23 Vorschläge abgebildet, welche man noch diskutieren müsse und über die im Rahmen einer Mehrheitsentschei-

ung abgestimmt werden solle. Auf der dritten Liste seien schließlich die Sparvorschläge, für welche es keinen Gemeinderatsbeschluss bedürfe, die bereits umgesetzt seien oder aus denen sich ein Arbeitsauftrag ergebe. Die ausführliche Diskussion werde sich somit auf die zweite Liste und das Haushaltsjahr 2017 konzentrieren.

Fachbereichsleiter Kleinmagd führt aus, dass die Stadt vor historischen Entscheidungen stehe. Anhand einer Präsentation zeigt er nochmals die Meilensteine im Verlauf des Prozesses der Haushaltskonsolidierung aus (Anlage 1).

Stadtrat Lusche gibt an, dass er keine haushaltspolitische Grundsatzrede halten, sondern sich auf die Beratung der Listen konzentrieren wolle. Hinsichtlich der dritten Liste wolle er darauf aufmerksam machen, dass die Sportförderung durchaus vom Gemeinderat diskutiert werden müsse und deshalb nicht auf dieser Liste aufgeführt werden solle. Hinsichtlich der zweiten Liste führt er aus, dass es schade sei, dass der Diskussionsverlauf recht früh eingegrenzt wurde, indem festgelegt wurde, was strittig und was nicht strittig sei. Über die erste Liste bestehe weitgehender Konsens. Grundsätzlich bestünden strukturelle Notwendigkeiten zu Einsparungen. Man dürfe die erste Liste allerdings nicht als „in Stein gemeißelt“ betrachten, es gehe auf der Liste auch um langfristige Ausgaben und Posten. Bei vielen Posten seien die angegebenen Beträge nur eingeschränkt nachvollziehbar. Es müsse über vieles noch diskutiert werden, hier wünsche sich die CDU-Fraktion jeweils entsprechende Beschlussvorlagen. Es gebe auch Zumutungen, wie beispielsweise die Erhöhung der Grundsteuer. Grundsätzlich könne die Fraktion der CDU die Listen aber mittragen. Die Fraktion der CDU wolle es sich als Richtschnur nehmen, zu betrachten, welche Auswirkungen die Einschränkung der städtischen Unterstützung auf das soziale Miteinander in der Stadt habe. Wer dafür sei, eine bestimmte Einsparung nicht vorzunehmen, müsse auch begründen, woher die entsprechenden finanziellen Mittel dann anderweitig kommen sollen.

Stadtrat Schlecht erklärt, dass in dem Prozess der Haushaltskonsolidierung eine gewisse Dramatik erkennbar sei. Die finanziellen Probleme der Stadt werde man nicht auf einen Schlag lösen können. Die vorgesehenen Listen müssten künftig noch korrigierbar bleiben. Es gebe verschiedene Posten, bei denen die Kollision von Einzelinteressen vorhersehbar sei. Man stehe nun vor den größten kommunalpolitischen Herausforderungen der Gegenwart. In den Bereichen Wohnraumerstellung, Infrastruktur, Bildung, Lebensqualität und Stadtentwicklung werde die Stadt weiterhin wichtige Aufgaben wahrnehmen müssen. Hier müsse man sich darüber Gedanken machen, wie sich die Stadt in diesen Bereichen mittel- bis langfristig finanziell aufstellen könne. Man müsse nun verantwortlich handeln, auch wenn dies im Rahmen der Haushaltskonsolidierung schwierig sei. Der Grundsatzbeschluss zur Haushaltskonsolidierung im Februar 2016 habe noch nicht wehgetan, jetzt aber spüre man die Auswirkungen. Die Demokratie, die Kommunalpolitik und die Verwaltungsarbeit seien nicht immer „Schönwetterarbeit“. Die Fraktion der SPD könne die meisten Posten auf den Listen mittragen, bei einigen bestehe allerdings noch Diskussionsbedarf.

Stadträtin Kurfeß tut kund, dass sie die erfreuliche Nachricht des Landkreises überbringen wolle, dass der Pro-Kopf-Betrag nach dem Finanzausgleichsgesetz laut Steuerschätzung deutlich höher ausfalle, was mit sich bringe, dass die Kreisumlage von 32 Prozentpunkten auf 31 Prozentpunkte fallen werde, da dem Landkreis insgesamt mehr Mittel durch das Land zugewiesen würden. Für die Stadt Lörrach bedeute dies, dass sie insgesamt voraussichtlich 500.000 EUR weniger an den Landkreis abzuführen habe. Die Fraktion der Grünen wolle die verschiedenen Sparlisten mittragen. Es gebe in der Stadt ein strukturelles Problem. Die Stadt Lörrach solle wichtige Angebote in den Bereichen Bildung und Kultur vorhalten, aber es fehle der Stadt an wichtigen Gewerbesteuerereinnahmen. Die Gemeindegebietsreform in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts sei eher halbherzig gewesen. Man habe der Stadt Lörrach damals nicht in angemessenem Maße Gewerbeflächen zugewiesen. Es gehe nun darum, FAG-Mittel sinnvoll zu nutzen und wichtige Einsparungen vorzunehmen. Die Stadt Lörrach solle trotz allem weiterhin eine familienfreundliche Stadt bleiben. Das Thema Wohnen bleibe ebenso wichtig wie das Thema Schulsanierungen. Die Fonds für die Jahre 2017 bis 2019 stünden bereit. Die Fraktion werde entsprechende Anträge für die Einstellung von Mitteln vorsehen. Man könne die landesweite Entwicklung hinsichtlich des Themas Kinderbetreuung nicht aufhalten. Die Fraktion der Grünen wolle der ersten Liste zustimmen und sich bei der Beratung der zweiten Liste im konkreten Falle zu Wort melden. Es sei nun wichtig, ehrlich zu sein. Die Verwaltung wolle, je nach Ressort, jeweils eigene Ziele voranbringen. Bemerkenswert sei, dass die Ausgaben im Fachbereich Kultur in den vergangenen Jahren erheblich angestiegen seien. Sie wünsche sich für die Zukunft, dass bei Vorlagen die finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt und die Finanzplanung angegeben werden. Man müsse in der Zukunft auf das ein oder andere „Schmankerl“ verzichten.

Stadtrat Claassen merkt an, dass die Stadt nun maßvoll Einsparungen vornehmen müsse. Die Fraktion der Freien Wähler habe schon vor Jahren auf die notwendig werdenden Einsparungen hingewiesen. Es brauche einen 10-Jahres-Plan und ein freiwilliges „10 Pro“ je Fachbereich für das kommende Haushaltsjahr. Personaleinsparungen dürften nicht ausgelassen werden. Die nun angedachte Vorgehensweise sei gut. Die strategische Finanzplanung sei von großer Wichtigkeit. Es seien allerdings nicht alle angegebenen Sparvorschläge maßvoll. Man hätte bei den Prestigeobjekten der vergangenen Jahre ansetzen müssen. Eine Einsparung von fünf Millionen Euro werde man mit den vorliegenden Sparvorschlägen nicht erreichen. Bestimmten Fachbereichen müsse ein bestimmtes Einsparziel vorgegeben werden. Er gehe davon aus, dass die Kreisumlage steigen wird. Mit der Schulentwicklung und dem etwaigen Ausbau der Villa Aichele stünden weitere kostenintensive Herausforderungen bevor. Der Gemeinderat werde sich künftig stark zurückhalten müssen. Das Aufstellen von Blitzern zur Haushaltskonsolidierung halte er indes nicht für richtig.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Stellungnahmen der Fraktionen und fragt nach Diskussionsbedarf zur ersten Liste.

Stadträtin Herzog bittet darum, den Posten „Brunnen“ in die zweite Liste zu verschieben. Es bedürfe hierzu noch einiger Erläuterungen.

Stadtrat Lusche erklärt, dass das Aufstellen von Blitzern zur Generierung von Einnahmen völlig legitim sei, soweit die Aufstellung der Messgeräte verkehrsrechtlich in Ordnung sei. Die Fraktion der CDU könne ein solches Vorgehen mittragen.

Fachbereichsleiter Dullisch führt aus, dass ein solches Vorgehen aus verkehrsrechtlicher Sicht unproblematisch sei.

Stadtrat Koesler sagt, dass er ein solches Vorgehen nicht mittragen wolle. Der Posten solle in die zweite Liste verschoben werden. Ansonsten könne er der ersten Liste so zustimmen.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Aufstellung der Blitzer aus verkehrsrechtlicher Sicht gerechtfertigt werde. Er plädiert dafür, dass die Brunnen (Nr. 1.40) in die zweite Liste verschoben werden, die Blitzer (Nr. 1.06) aber in der ersten Liste verbleiben sollen. Er stellt sodann die Beschlussziffer 1 der Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**1. Den Vorschlägen der Anlage 1 (ohne Nr. 1.40) wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Vorlagen zu erstellen.**

Sodann geht der Vorsitzende auf die zweite Liste ein und empfiehlt die einzelne Beratung in der Reihenfolge der aufgeführten Positionen. Der Gemeinderat ist hiermit einverstanden.

**2.01 Buß- und Verwarngelder**

Der Vorsitzende erklärt, dass die Verwaltung die Aufstockung des Personals im Gemeindevollzugsdienst als dringend notwendig erachte.

Stadtrat Claassen wolle wissen, wie sich der angegebene Betrag konkret zusammensetze.

Stadtrat Lusche erklärt, dass sowohl über die Aufstockung des Personals beim Gemeindevollzugsdienst als auch über die verstärkte Aufstellung von Blitzern entschieden werde. Der Ausgangspunkt hier müsse die verkehrsrechtliche Notwendigkeit sein. Er selbst sei kein flammender Verfechter von Tempo-30-Zonen. Wer sich allerdings nicht an die Regeln halte, müsse auch dafür bezahlen.

Stadträtin Cyperrek signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD.

Stadträtin Kurfeß signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zu dem Posten.

Fachbereichsleiter Dullisch betont nochmals den hohen Bedarf und die große Notwendigkeit.

Stadtrat Claassen weist darauf hin, dass die Personalmehrkosten von den veranschlagten höheren Buß- und Verwargeldern abgezogen werden müssten. Der ausgewiesene Betrag sei insoweit zu korrigieren.

Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer überschlägt, dass es sich um Personalmehrkosten von ca. 60.000 EUR handle.

Der Vorsitzende dankt für den Hinweis und sagt die Berichtigung zu.

**Sodann stimmt der Gemeinderat mehrheitlich bei 1 Gegenstimme der Aufstockung des Personals im Gemeindevollzugsdienst um zwei Mitarbeiter/innen zu.**

## **2.02 Musikschule**

Der Vorsitzende erläutert die Möglichkeit einer Erhöhung der Gebühren bei der städtischen Musikschule.

Stadtrat Koesler spricht sich für die Gebührenerhöhung aus.

Musikschulleiter August erklärt, dass man bei der Gebührenerhöhung mit Bedacht und eventuell in zwei Schritten vorgehen müsse. Eine einmalige Erhöhung um sieben Prozent sei in der Tat recht heftig.

Stadtrat Berg wolle wissen, ob es hinsichtlich der Singförderung zu Einschränkungen komme.

Musikschulleiter August gibt an, dass es bei der Singförderung zu keinen Einschränkungen komme.

**Sodann stimmt der Gemeinderat einstimmig der vorgeschlagenen Anhebung der Kursgebühren der Musikschule und dem Verzicht auf das Projekt „Singförderung an Lörracher Grundschulen“ zu.**

## **1.16 Dreiländermuseum**

Stadträtin Roßkopf gibt an, dass der angegebene Einsparbetrag kaum der Rede wert sei. Es gehe um die Förderung von Familien und Kindern.

Der Vorsitzende erklärt, dass es sich bei den Nutznießern hauptsächlich um Personen mit einem Wohnsitz außerhalb Lörrachs handle.

Stadträtin Roßkopf schlägt vor, dass man auch um einen freiwillig zu entrichtenden Betrag bitten könne.

Stadtrat Lusche wolle wissen, ob sich die Einsparung überhaupt lohne.

Der Vorsitzende erklärt, dass man leider über keine statistischen Daten verfüge.

**Sodann stimmt der Gemeinderat mehrheitlich bei 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Wegfall des freien Eintritts am ersten Sonntag im Monat, im Dreiländermuseum, ab dem Jahre 2017 zu.**

### **2.03 Tourismus**

Der Vorsitzende und Fachbereichsleiter Frick erläutern den angegebenen Sparvorschlag. Mittelfristig sei es wichtig, die Vermieter mehr an den Kosten zu beteiligen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass es in dieser Angelegenheit nochmals eine separate Vorlage geben solle. Die entsprechenden Vermieter hätten dem Vorgehen der Stadt zugestimmt, da die Erhöhung der Gebühren an Feriengäste weitergegeben werde. Diese könnten wiederum vom kostenlosen ÖPNV profitieren.

Stadträtin Höfler gibt an, dass es ihr wichtig sei, dass die Vermieter in das Vorgehen einbezogen werden.

**Sodann stimmt der Gemeinderat einstimmig der vorgeschlagenen Erhöhung der KONUS-Gebühr zu.**

### **2.04 Free Cinema**

Der Vorsitzende stellt den Sparvorschlag vor und verweist auf die günstigen Eintrittspreise des Kinos.

Stadträtin Höfler berichtet von einem geteilten Meinungsbild in ihrer Fraktion, da die Einnahmen für das Free Cinema schwer berechenbar seien.

Stadtrat Bernnat äußert, dass auch in der SPD-Fraktion die Zuschusskürzung differenziert gesehen werde.

Stadtrat Wernthaler erklärt sein Vertrauen in die Vorschläge der Verwaltung, jedoch sehe er viele Einsparpositionen im Kulturbereich. Über viele Jahre sei der Zuschuss für das Free Cinema gleichhoch geblieben und von den Jugendlichen keine Erhöhung beantragt worden. Daher halte er eine jetzige Zuschusskürzung nicht für gerechtfertigt.

Stadtrat Claassen regt an, das Openair-Kino ggf. wieder an einem anderen Standort zu veranstalten um mehr Besucher zu erhalten.

Der Vorsitzende stellt den Einsparvorschlag zur Abstimmung.

**Der Gemeinderat lehnt die Zuschusskürzung für das Free Cinema mehrheitlich bei 6 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen ab.**

## 2.05 Stadtmusik

Alle Verwaltungsratsmitglieder des Vereins nehmen von der Beratung des Punktes Abstand.

**Der Gemeinderat stimmt mehrheitlich bei 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen der Zuschusskürzung für die Stadtmusik um 500 EUR für das Jahr 2017 zu.**

## 2.06 Nellie Nashorn

Stadtrat Berg erklärt sich für die Behandlung des Punktes für befangen.

Stadtrat Lusche weist darauf hin, dass man in den Kulturbereich in der Vergangenheit viel investiert habe, daher werde man die vorgeschlagene Zuschusskürzung hier mittragen.

Stadtrat Bernat teilt mit, dass die SPD-Fraktion hierzu unterschiedlicher Meinung sei.

Stadträtin Salach berichtet von der Ablehnung der Grünen-Fraktion. Das Nellie Nashorn habe in der Vergangenheit viel durchgemacht und dürfe nicht wieder in die gleiche Situation geraten. Zudem fließe der städtische Zuschuss vorrangig in die soziokulturelle Arbeit der Einrichtung.

Stadtrat Claassen zeigt sich froh, dass das Nellie Nashorn wieder gut laufe. Er erkundigt sich, ob die Zuschusskürzung verringert werden könne.

Auch Stadträtin Cyperrek spricht sich gegen die Zuschusskürzung zum jetzigen Zeitpunkt aus.

Stadtrat Koesler schließt sich dem an.

Auf Nachfrage von Stadtrat Lusche teilt Fachbereichsleiter Frick mit, dass die gesamte jährliche Förderung an das Nellie Nashorn einschl. Miete 112.500 EUR betrage.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Schließer, Vorsitzender des Freundeskreises, aus der Zuhörerschaft das Wort, der sich gegen die Zuschusskürzung zum jetzigen Zeitpunkt ausspricht.

Der Vorsitzende hält eine verringerte Zuschusskürzung auf 5.000 EUR als Kompromiss für denkbar und stellt zunächst den Vorschlag der Zuschusskürzung von 10.000 EUR zur Abstimmung, der mehrheitlich bei 15 Nein-Stimmen und 10 Ja-Stimmen abgelehnt wird.

**Sodann stimmt der Gemeinderat mehrheitlich bei 19 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen der Zuschusskürzung von 5.000 EUR an das Nellie Nashorn für das Jahr 2017 zu.**

## **2.07 Zuschüsse im sozialen Bereich**

Der Vorsitzende erklärt, dass mit den betroffenen Einrichtungen noch Gespräche zu führen und Einsparungen in diesem Bereich erst ab 2018 denkbar seien.

## **2.08 Kindertagesstätten**

Der Vorsitzende erläutert das Anliegen.

Stadträtin Jaenisch erklärt die Zustimmung der CDU-Fraktion.

Stadtrat Schlecht teilt mit, dass er heute zustimmen werde, aber noch Gespräche mit den Trägern zu führen seien. Man werde die entsprechende Beschlussvorlage in der Sache abwarten.

Stadträtin Kurfeß und Stadtrat Claassen zeigen sich ebenfalls gespannt auf das Ergebnis der Gespräche.

Bürgermeister Dr. Wilke erläutert, dass es um die Angleichung der Gebühren der anderen Träger an die Gebühren der städtischen Kindergärten gehe. Ziel sei ein Elternanteil von 20 %.

**Hierauf stimmt der Gemeinderat einstimmig zu.**

## **2.09 Weihnachtsbäume**

Betriebsleiter Langela stellt den Kostenaufwand für den Werkhof dar, der mit dem Stellen und Beleuchten der Weihnachtsbäume verbunden sei.

Herr Ebner nimmt aus Sicht der Wirtschaftsförderung hierzu Stellung und berichtet, dass der Baum auf dem Marktplatz vollständig von den Händlern bestritten werde.

Stadträtin Höfler merkt an, dass die Weihnachtsbäume in den Ortsteilen zwar bei den Ortsverwaltungen veranschlagt seien, aber letztlich ebenfalls von der Stadt finanziert würden.

Stadtrat Glattacker spricht sich für und Stadtrat Pichlhöfer gegen den Sparvorschlag aus.

Von Stadtrat Claassen wird das Anliegen als nicht verhältnismäßig angesehen. Die Stadt solle sich bemühen, Partner hierbei zu finden.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Einsparung bereits für dieses Jahr angedacht sei.

**Sodann stimmt der Gemeinderat mehrheitlich bei 18 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen dem Verzicht der Kostenübernahme von 3.600 EUR/Jahr für die Weihnachtsbäume in Stetten, Tüllingen, Tumringen, Rötteln und auf dem Salzert für die Jahre 2016 und 2017 zu.**

## **2.10 Todesanzeigen**

Stadträtin Krämer schlägt vor, verstorbene langjährige Mitarbeiter weiterhin mit einer Todesanzeige in der Presse zu würdigen. Ggf. müsse eine zeitliche Grenze definiert werden.

Stadtrat Schlecht regt alternativ an, dass Anzeigen lediglich noch bei aktiven Mitarbeitern geschaltet werden. Dem schließen sich alle Fraktionen an.

**Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu, dass ab dem Jahre 2017 die Todesanzeigen für ausgeschiedene städtische Mitarbeiter entfallen.**

## **1.27 Ausbildungs- und Studienplätze**

Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer erläutert den Einsparvorschlag, die Anzahl der städtischen Ausbildungs- und Studienplätze für die nächsten zwei bis drei Jahre zu reduzieren. Auf Dauer sei der Vorschlag aufgrund der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels jedoch nicht konstruktiv.

Der Vorsitzende verweist auf die Verständigung, sich in der Sitzung lediglich auf Einsparvorschläge für 2017 zu konzentrieren. Der Vorschlag greife daher zunächst nur für den Einstellungsjahrgang 2017.

**Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu, die Anzahl der städtischen Aus- und Studienplätze im Jahr 2017 für einen Einsparbetrag von 57.500 EUR zu reduzieren.**

## **2.11 Fasnacht**

Der Vorsitzende berichtet, dass man sich in der Sache mit der Narrengilde verständigen konnte, die die Anzahl an Veranstaltungen und somit auch die Kosten reduzieren werde. Er dankt für die konstruktive Lösung.

Stadtrat Pichlhöfer lobt in diesem Zusammenhang den Werkhof sowie die Narrengilde.

## **2.12 Dreiländermuseum**

Im Gemeinderat besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

**Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Reduzierung des Museumsbudgets für Sonderausstellungen i.H.v. 2.000 EUR im Jahr 2017 zu.**

### **2.13 Museumspädagogik**

Im Gemeinderat besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

**Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Reduzierung der Mittel für die Museumspädagogik um 2.000 EUR für das Jahr 2017 zu.**

### **2.14 Stadtbibliothek**

Der Vorsitzende erklärt, dass sich der Vorschlag erst auf das übernächste Jahr beziehe und daher heute nicht zur Diskussion stehe.

### **1.36 Neujahrsempfang**

Stadtrat Lusche verweist auf den Charakter der Veranstaltung als Gelegenheit für Begegnungen. Um den adäquaten Rahmen aufrechtzuerhalten, spricht er sich gegen eine Reduzierung des Budgets aus.

Stadtrat Schlecht findet, dass auch hier gespart werden müsse.

Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger berichtet, dass die Kosten hälftig für Programm und Verpflegung anfallen.

Der Vorsitzende erklärt, dass beim Programm des Neujahrsempfang nicht gespart, jedoch der vorgeschlagene Sparbetrag für das kommende Jahr probiert werden solle.

**Der Gemeinderat stimmt einstimmig dem um 2.500 EUR reduzierten Aufwand für den Neujahrsempfang im Jahre 2017 zu.**

### **1.39 Behinderten- und Seniorenbeirat, Internationale Kommission**

Da sich alle Fraktionen gegen die Budgetkürzung der drei Gremien aussprechen, zieht der Vorsitzende den Einsparvorschlag zurück.

### **2.15 Kriminalpräventionsprojekte**

Der Vorsitzende erläutert den Einsparvorschlag, von dem das Theater Tempus fugit betroffen werde.

Stadtrat Lusche bittet um eine Einschätzung, was dies für das Theater bedeute.

Die Stadträte Bernnat und Claassen und Stadträtin Kurfeß stimmen dem Vorschlag zu.

Fachbereichsleiter Frick berichtet, dass der Fachbereich Bürgerdienste bereits mit Frau Maßen gesprochen habe. Die Kürzung habe keine Auswirkungen auf die sonstige Förderung des Theaters.

**Der Gemeinderat stimmt sodann einstimmig bei 2 Enthaltungen der Reduzierung des Aufwands für Kriminalpräventionsprojekte i.H.v. 6.500 EUR im Jahre 2017 zu.**

## **2.16 Tierhaltung im Rosenfelspark**

Der Vorsitzende spricht die öffentlichen Reaktionen hinsichtlich des Sparvorschlags an. Daher könne er sich einen Prüfauftrag für die Verwaltung vorstellen, nach Kostenreduzierungen und ggf. Patenschaftsmodellen zu suchen, um die Tierhaltung günstiger zu gestalten. Er merkt an, dass bei der Aufrechterhaltung auch der Bau einer neuen Futterküche für ca. 20.000 EUR erforderlich sei.

Bürgermeister Dr. Wilke sagt zu, bis zum Sommer 2017 einen Vorschlag zur Kostenreduzierung für die Tierhaltung im Rosenfelspark vorzulegen.

Stadtrat Lusche begrüßt diese Lösung. In der CDU-Fraktion herrsche ein unterschiedliches Meinungsbild in der Sache. Er bittet an der Thematik dranzubleiben und erhebliche Einsparpotentiale zu generieren. Die Haltung eines Tiergeheges gehöre nicht zu den originären Aufgaben einer Stadt.

Stadträtin Cyperrek berichtet von der Stadt Waldkirch, deren Zoo von einem Förderverein übernommen worden sei. Vielleicht sei dieses Modell auch für Lörrach denkbar.

Stadtrat Wernthaler spricht die IG Rosenfels an und erklärt, dass das Tiergehege wichtig für Familien und Schulen sei.

Stadtrat Claassen teilt mit, dass er den neuen Vorschlag mittragen könne.

Der Vorsitzende formuliert den Beschlussvorschlag.

**Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass die Verwaltung wesentliche Kosteneinsparungen für die Tierhaltung im Rosenfelspark bis Mitte 2017 aufzeigt.**

## **2.17 Sportvereine**

Fachbereichsleiter Spross erläutert den Einsparvorschlag.

**Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Überprüfung der Betriebskostenzuschüsse an die Sportvereine und eine damit verbundene Kostenreduzierung von 1.500 EUR im Jahre 2017 zu.**

## **1.46 Straßenreinigung Gemeindestraßen**

Fachbereichsleiter Dullisch stellt den Einsparvorschlag vor, der eine Reduzierung der Häufigkeit der Straßenreinigung bedeute.

Betriebsleiter Langela erklärt, dass die Abschaffung der Kehrmachine nicht sinnvoll sei und das gesamte Reinigungskonzept überarbeitet werden müsse.

Stadtrat Lusche sieht den Vorschlag problematisch, da die konkreten Konsequenzen für eine eingeschränkte Straßenreinigung nicht bekannt seien. Er könne sich zunächst die Erteilung eines Prüfauftrages vorstellen.

Stadtrat Bernnat schließt sich dem an, da auf eine angemessene Aufenthaltsqualität der Stadt zu achten sei.

Der Vorsitzende stellt dar, dass eine Einsparung von 80.000 EUR signifikante Einschnitte bedeute und daher nicht haltbar sein werde.

Der Vorsitzende formuliert den Beschlussvorschlag für eine Prüfung.

**Der Gemeinderat stimmt hierauf einstimmig zu, dass die Verwaltung mit der Prüfung einer Kostenreduzierung der Straßenreinigung und der konkreten Auswirkungen auf das Reinigungskonzept beauftragt werde. Dem Gemeinderat ist das Prüfergebnis im kommenden Jahr vorzulegen.**

#### **1.40 Brunnen**

Fachbereichsleiterin Buchauer erläutert die Auswahl der drei Brunnen in Brombach und Tumringen, die für eine Deaktivierung vorgeschlagen wurden und verweist auf den hohen Kostenaufwand für deren Erhaltung.

Bürgermeister Dr. Wilke berichtet ergänzend, dass dies eine erste Auswahl sei und man hiernach alle übrigen Brunnen der Stadt beleuchten werden.

Stadtrat Pichlhöfer hält den Brunnen in Tumringen für nicht verzichtbar, zumal dieser an der Strecke des Westweges liege.

Stadträtin Herzog teilt mit, dass die Deaktivierung zweier Brunnen in einer Straße in Brombach nicht vermittelbar sei. Zudem gebe es aktive Patenschaften für die Brunnen.

**Sodann stimmt der Gemeinderat mehrheitlich bei 20 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen der Deaktivierung der drei vorgeschlagenen Brunnen und der Kostenersparnis von 11.200 EUR ab dem Jahre 2017 zu.**

#### **2.18 Burghof GmbH**

Der Vorsitzende erklärt, dass die Zuschusskürzung des Burghofs für 2017 nicht relevant sei und somit keiner Diskussion bedürfe.

Stadtrat Koesler macht deutlich, dass auch der Burghof einen Sparbeitrag leisten müsse. Zudem schaffe das Haus neue Stühle für 200.000 EUR mittels Krediten an.

Der Vorsitzende verweist auf die bereits erfolgten intensiven Verhandlungen über den Zuschuss für 2017. Der Burghof habe bereits seinen Beitrag geleistet. Er wirbt dafür, den Zuschuss für das kommende Jahr daher nicht zu ändern.

Geschäftsführer Muffler stellt richtig, dass der Burghof die Stühle aus eigenen Mitteln beschafft. Hierzu wird ein Kredit aufgenommen, der mit freiwerdenden Zuwachssparverträgen Anfang 2017 abgelöst werden soll. Dies entspricht einer üblichen unternehmerischen Vorgehensweise und wurde vom Aufsichtsrat der Burghof Lörrach GmbH genehmigt. Die finanziellen Mittel des Zuwachssparens wurden von der Burghof Lörrach GmbH selbst erwirtschaftet.

Stadtrat Koesler entgegnet, dass auch der Sparvertrag mit städtischen Mitteln finanziert sei.

Hierauf schließt der Vorsitzende die Besprechung der zweiten Liste und stellt die Beschlussziffern 2 bis 5 der Vorlage zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 2. Den Vorschlägen der Anlage 2 wird in der Fassung nach der Diskussion im Gemeinderat zugestimmt.**
- 3. Über die Umsetzung der Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages ist zu berichten.**
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, die bisher noch nicht geprüften Vorschläge aus der Mitarbeiterbeteiligung zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen. Falls erforderlich sind Vorlagen für die Gremien zu fertigen.**
- 5. Als weitere Konsequenz aus der Haushaltskonsolidierung wird die Verwaltung beauftragt, Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung zu ergreifen und für das umfangreiche Projekt dem Gemeinderat im Frühjahr einen Projektstrukturplan vorzulegen.**

*- Die Sitzung wird für eine Pause von 20.20 bis 20.30 Uhr unterbrochen. -*

## TOP 2

### Haushaltskonsolidierung/Investitionen

#### Vorlage: 173/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Stadträtin Höfler gibt an, dass sie eine getrennte Beschlussfassung über die einzelnen Beschlussziffern beantragen wolle.

Der Vorsitzende bittet die Fraktionen um ihre Stellungnahmen.

Stadträtin Kurfeß ist der Meinung, dass eine derart große Investition auch einer verbalen Würdigung im Rat bedürfe. Sie habe vor dem Förderverein zum Bau der Halle in Brombach großen Respekt. Zwar sei die Haushaltslage schwierig, trotzdem wolle man nun handeln. Es habe ursprünglich an den notwendigen Planungsmitteln gefehlt. Nun habe sich das Warten gelohnt. Die Kostenobergrenze von neun Millionen Euro sei nun festgezurr und müsse auch eingehalten werden. Unter diesen Bedingungen wolle die Fraktion der Grünen zustimmen. Der Bau des Parkdecks werde nicht erfolgen. Die Endabrechnung und -berechnung der Hallenkosten stehe noch aus. Man müsse auch stets berücksichtigen, dass die Halle mitten in einem Wohngebiet liege. Die Investition als auch die Einsparmaßnahmen würden von der Gesamtstadt getragen, nicht alleine von Brombach. Insofern müsse die Halle eine Halle der gesamten Stadt werden.

Stadtrat Schlecht betont, dass die Thematik hinreichend oft diskutiert worden sei. Es gehe nun darum, Wort zu halten. Eine vernünftige Alternative gebe es nicht. Die Einhaltung der Kostenobergrenze müsse strikt überwacht werden. Eines Parkdecks bedürfe es nicht. Hier müsse man anderweitig eine vernünftige Lösung finden.

Stadträtin Jaenisch sagt, dass sie sich über die Zustimmung der Fraktion der Grünen freue. Man müsse nun in die Planungen einsteigen.

Stadträtin Herzog freue sich über die Entscheidung. Hinsichtlich der Parkplatz-Thematik müsse man nochmals das Gespräch mit der Schöpflin-Stiftung suchen.

Der Vorsitzende erklärt, dass hinsichtlich des Hallenneubaus keine Sonderwünsche möglich seien. Man wolle die Kostengrenze einhalten. Diesbezüglich sei er recht optimistisch.

Stadtrat Claassen will wissen, ob geplant sei, einen Kredit für Investitionen aufzunehmen.

Fachbereichsleiter Kleinmagd führt aus, dass dies momentan nicht vorgesehen sei, allerdings im Rahmen der Schulentwicklung nötig werden könne.

Stadtrat Böhringer halte es für wichtig, einen entsprechenden Busparkplatz im Umfeld der Halle auszuweisen.

Bürgermeister Dr. Wilke klärt auf, dass man erste Gespräche mit den Architekten zu möglichen Einsparpotentialen, aber auch zu Erhöhungspotentialen geführt habe. Die Entwurfsplanung und Kostenberechnung sei durch den Gemeinderat noch nicht genehmigt worden. Dies werde dann der nächste Schritt sein. Die Kostenobergrenze von 9 Millionen Euro solle eingehalten werden.

Sodann erfolgt eine getrennte Abstimmung und jeweils kurze Aussprache über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlags.

Der Gemeinderat fasst bei 1 Nein-Stimme mehrheitlich den folgenden Beschluss:

**1. Zur neuen Halle in Brombach wird folgendes beschlossen:**

- **Die neue Halle in Brombach wird gebaut**
- **Die Verwaltung wird beauftragt gemeinsam mit den künftigen Nutzern Vorschläge zur Kostenreduzierung zu entwickeln**
- **Die Kostenobergrenze wird auf 9 Mio. Euro festgesetzt**

Der Gemeinderat fasst bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich den folgenden Beschluss:

**2. Auf den Bau eines Parkhauses für die neue Halle in Brombach wird verzichtet. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Schöpflin-Stiftung über Alternativen zu beraten.**

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

**3. Die Gebäude auf dem Bonifatiusgelände werden vorerst aufgrund der ermittelten Kosten nicht für die Musikschule umgebaut. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Raumprobleme der Hebelschule und der Musikschule Lösungen zu suchen. Für die weitere Nutzung der beiden Gebäude auf dem Bonifatiusareal ist ein Konzept zu erarbeiten.**

Stadtrat Glattacker führt aus, dass man noch viele weitere Vorhaben hätte realisieren können, wenn man dazu das Geld gehabt hätte. Er halte es für ausreichend, lediglich für einen Betrag von 60.000 EUR die Straßendecke der Stettengasse zu erneuern. Es brauche keine Komplettsanierung der Straße.

Stadtrat Wernthaler findet, dass die Stettengasse absolut sanierungsbedürftig sei. Sie müsse unbedingt ausgebaut werden. Es gehe schließlich auch um Zuschüsse von Land und Bund.

Stadtrat Koesler gibt an, dass es nicht nur darum gehe, ob man überhaupt etwas mache sondern darum, für welche Variante man sich letztendlich entscheide.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass er sich umfänglich mit dem Vollausbau beschäftigt habe und diesen für dringend geboten halte.

Der Gemeinderat fasst sodann bei 8 Nein-Stimmen mehrheitlich den folgenden Beschluss:

- 4. Die Stettengasse wird entsprechend dem Vorschlag Variante 3 in der Vorlage 87/2016 erneuert.**

Der Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

- 5. Beim Boulevard Belchenstraße erfolgt vorerst lediglich der Restausbau der Fläche für ca. 200.000 Euro. Die Rampe an der Eulerstraße wird nicht umgebaut.**

Stadtrat Lusche erklärt, dass er den Beschlussvorschlag 6 mittragen könne.

Stadtrat Wernthaler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen. Ihn interessiere, ob man noch in den Genuss der angekündigten Fördergelder kommen könne.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass man die Fördergelder erhalten werde.

Der Gemeinderat fasst sodann bei 2 Nein-Stimmen mehrheitlich den folgenden Beschluss:

- 6. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante zur Sanierung des Kanals sowie Umbau der Straßen am Aicheleknotten, Basler Straße und Kirchstraße wird realisiert. Die Entscheidung über den Umbau des Aicheleknottens wird erst im Jahr 2019 getroffen.**

### **TOP 3**

#### **Strategische Verkehrsentwicklung**

#### **Vorlage: 149/2016**

Stadträtin Höfler beantragt die getrennte Abstimmung über die drei Beschlussziffern.

Der Vorsitzende teilt hinsichtlich der Ansiedlung des Themas im Dezernat 1 mit, dass Beschlussvorlagen mit Verkehrsthemen sodann im Hauptausschuss und im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales beraten würden.

Stadtrat Dr. Vogelpohl stimmt der Beschlussvorlage zu.

Stadträtin Cyperrek bestätigt, dass Bedarf für einen Verkehrsplaner vorhanden sei. Sie erkundigt sich, ob sich die Stadt nicht lahm lege, wenn verkehrspolitische Entscheidungen nun bis zum Vorliegen eines integrierten Verkehrskonzeptes aufgeschoben würden.

Stadträtin Wiesiollek begrüßt die geplante gesamtstädtische, integrierte Mobilitätsentwicklung. Auch die Bereiche E-Mobilität und Carsharing seien hier einzubinden. Zudem könne auf die bereits vorhandenen Pläne und Konzepte aufgebaut werden.

Stadtrat Claassen erklärt seine Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Vogelpohl teilt der Vorsitzende mit, dass angesichts der Haushaltslage die Stelle vorerst befristet ausgeschrieben werde.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt der grundsätzlichen Vorgehensweise zur Strategischen Mobilitätsplanung zu.**

Der Gemeinderat fasst einstimmig bei 5 Enthaltungen folgenden Beschluss:

- 2. Die Strategische Mobilitätsplanung wird Bestandteil des Fachbereichs Stadtentwicklung und Stadtplanung.**

Der Gemeinderat fasst einstimmig bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

- 3. Für die Strategische Mobilitätsplanung wird die Stelle für einen Verkehrsplaner/eine Verkehrsplanerin in EG 11/EG 12 - zunächst befristet auf 3 Jahre - geschaffen.**

#### **TOP 4**

#### **Weiterentwicklung der Organisationsstruktur der Ortsverwaltungen**

#### **Vorlage: 174/2016**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik der Vorlage ein. Er wirbt um Zustimmung. Man wolle gemeinsam mit den Ortsverwaltungen deren Strukturen analysieren und weiterentwickeln.

Stadträtin Krämer befindet, dass das Thema absolut legitim sei und die Fraktion der CDU der Vorlage zustimmen wolle. Im Angesicht der dargestellten Faktenlage sei die Diskussion mitunter nicht zielführend. Man müsse auch die weitergehende Nutzung der Ortsverwaltungen und Rathäuser, beispielsweise durch Vereine, in die Überlegungen miteinbeziehen. Durch die Neuorganisation der Ortsverwaltungen werde man die Finanzen der Stadt nicht retten könne.

Stadtrat Simon äußert, dass er mit der Begründung in der Vorlage Schwierigkeiten habe. Er erkenne kaum Einsparpotentiale. Dennoch wolle er die Angelegenheit ergebnisoffen diskutieren.

Stadtrat Wernthaler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zu der Vorlage. Er finde es indes fraglich, ob Besetzung der Kommission mit den selbst betroffenen Personen richtig sei.

Stadtrat Böhringer mahnt, dass die Ortschaftsverfassungen nicht abgeschafft werden dürften. Man dürfe das Interesse der Gesamtstadt, zu der auch die Ortsteile gehören, nicht aus den Augen verlieren.

Stadträtin Herzog gibt an, dass sie von den Zahlen in der Vorlage irritiert sei. Die Zahlen zu Sozial- und Rentenanträgen seien nicht richtig. Sie sei auf die weiteren Entwicklungen gespannt. Andernorts gehe der Trend wieder hin zu Quartierstreffs und Stadtteilbüros.

Der Vorsitzende wolle den Prüfauftrag durch den Gemeinderat gerne annehmen.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

**Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Ortsvorstehern, den Ortschaftsräten und den Beschäftigten der Ortsverwaltungen Brombach, Haagen und Hauingen die bedarfsorientiert weiterentwickelte Organisationsstruktur zu erarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.**

### **Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:  
gez. Lutz

Urkundspersonen:  
(Unterschriften werden nachgeholt)

Schriftführung:  
gez. Heinze / Ockenfuß